

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich (Abends außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.80. Monatlich 65 Pf. Postzeitung: M. 1.00 u. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierstellige Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., anständige Anzeigen 20 Pf. Inverate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 85.

Mittwoch, den 12. April 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Von Windthorst auf Lieber!

Wp. Eine trübe Stimmung herrscht unter denjenigen Anhängern des Zentrums, die es mit ihrer Demokratie eifrig meinen; denn die Wahrheit kann sich auch der Vereingnommenste nicht mehr verbergen, daß das Zentrum bereits mit allen Segeln im Fahrwasser der Regierung schwimmt. Was sich nun unter diesen Manchen verwundert fragen, wie kam denn das so auf einmal — für die Sozialdemokratie ist das keine Ueberraschung. Die Sozialdemokratie hat das demokratische Gebahren des Zentrums stets nach seinem wirklichen Werth tozirt. Sie wußte und hat es von Anfang an ausgesprochen, daß das Zentrum nicht das Ziel verfolgte, die Interessen des Volkes zu vertreten, sondern jenes, sich des Volkes für seine Interessen zu bedienen, daß das Zentrum, weil es ihm nur darauf ankam, eine große parlamentarische Partei der Regierung entgegen zu stellen, unter seinem Banner die verschiedensten sozialen Elemente vereinigte, deren Interessen einander zum Theil (wie die der Arbeiter und Kapitalisten) direkt widersprechen, und daß deshalb, wenn jenes einigende Band sich lockert, die Parteiführung des Zentrums ihrem ganzen Charakter entsprechend nach rechts abzuweichen muß, währenddem die Volksmassen durch die sich immer mehr verärfendenden Klassengegensätze nach links gedrängt werden.

Man hat sich gewöhnt, den sogen. Kulturkampf als ausschließlich Bismarckische Geistes- schöpfung zu betrachten, und man begegnet sogar Behauptungen, daß Alles vermieden werden konnte, wenn Bismarck nicht auf jene „unglückliche Idee“ gekommen wäre; dann heißt es, Bismarck habe im Kulturkampf eine totale Niederlage erlitten. Durch diese Zuspitzung einer bedeutenden politischen Entwicklung auf eine Einzelperson wird die Darstellung durchaus falsch. Das Zentrum trat als Partei des Papstes und der katholischen Geistlichkeit auf. Als solche war es von Haus aus eine reaktionäre Partei und mußte in Konflikt kommen mit der politischen Entwicklung des Reichs. Wir erinnern nur an die Frage der Zivil-ehe, die dem Volke ebenso eine Befreiung und Erleichterung ist, wie der Geistlichkeit verhaßt; wir erinnern auch an die Adresse, welche das preussische Zentrum an Kaiser Wilhelm nach Versailles richtete, um die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes zu verlangen. Also eine parlamentarische Auseinandersetzung mit dem Ultramontanismus mußte stattfinden, diesen Stoff hat Bismarck vorgefunden, was er von sich aus hinzugehen, waren die sogen. Gewaltmaßnahmen, in Wirklichkeit nichts als jämmerliche Polizeischikanen, und da hat es sich denn wieder gezeigt, daß die Polizei die denkbar ungeschickteste Geburths- helferin der Geschichte ist. Das ist richtig, daß erst durch den Kulturkampf das Zentrum populär wurde. blieb es auch nach wie vor reaktionär, so wurde es zugleich grundtätig oppositionell. In allen seinen parlamentarischen Stellungnahmen lehrt von nun an stets der Helm wieder: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Die Zentrumsführer waren schlau genug, um einzusehen, daß die kirchlichen Interessen allein nicht ausreichen, um die Masse auf die Dauer politisch zusammenzuhalten, und sie schrieben deshalb den Kampf gegen den Militarismus und gegen die Steuern nebst einem Wischen Sozialpolitik und einer hübschen Dosis Partikularismus auf ihre Fahne. Zu gleicher Zeit erhielten sie dadurch eine Handhabe gegenüber der Regierung, die sie durch Nichtbewilligungen in die Enge zu treiben sich vornahm. Sieht man von Ideologen wie Malinowski, der es wirklich eifrig meinte, ab, so war für alle Anderen ihre ganze Oppositionstätigkeit nichts, als ein parlamentarisches Manöver, das sie sofort zu ändern bereit waren, wenn auf dem anderen Wege ihnen größere Vorteile für ihre ultramontanen Zwecke winkten. Das Zentrum war auch in der letzten Zeit seiner Opposition stets bereit, sich in eine Regierungspartei zu verwandeln. Seine parlamentarische Haltung war stets doppelschichtig und die wüthenden

Oppositionskreden schlossen mit dem lateinischen Satz: Im Uebrigen, wenn wir wollen, so können wir es auch anders machen. Ein Meister dieses Doppelspiels war bekanntlich Dr. Windthorst. Daß Windthorst etwas mehr Witz besaß, als Herr Dr. Lieber, der seine Erbschaft in der Partei angetreten hat, bedarf keines Nachweises, aber wir glauben, wenn es Windthorst beschieden wäre, bis auf den heutigen Tag an der Politik theilzunehmen, so würde man an der „Kleinen Exzellenz“ noch sein blaues Wunder erlebt haben. Daß schon 1890 Anknüpfungen im Wege waren zwischen Windthorst und Bismarck ist jetzt dokumentarisch nachgewiesen und wird vom Zentrum nicht geleugnet. Schade, daß das nicht hat sein sollen! Diese Zusammenkunft des Führers der Ultramontanen mit dem Vater des Kulturkampfes unter Vermittlung des Juden Bleichröder gab eine hübsche Illustration zu „Natan dem Weisen“. Der weise Natan Bleichröder hätte gewiß ein neues Märchen von den goldenen Ringen zu erzählen gewußt.

Die politische Umwandlung des Zentrums ist durch eine sehr natürliche Entwicklung vor sich gegangen. Erstens hat der Ultramontanismus des Zentrums im Laufe der Zeit sehr bedeutend abgefärbt. Der Traum der Welt Herrschaft des Papstes ist längst ausgeträumt worden. Die Politik des Vatikans selbst ist eine andere geworden und geht nicht mehr darauf hinaus, ein besonderes geistliches Reich herzustellen, sondern darauf, die Regierungen der bestehenden Staaten sich zu unterwerfen. In der Politik des deutschen Zentrums aber spielten die Interessen Roms so gut wie gar keine Rolle mehr. Andererseits mußte die katholische Kirche mit der Zivilehe in Deutschland ebenso gut wie anderswo schlecht oder recht sich abfinden. Der Redekampf dagegen wird freilich noch immer geführt, aber Niemand verheißt sich mehr, daß man diese mit dem modernen Staat eng liierte Einrichtung nicht rückgängig machen kann. Zweitens bestand der Bismarckische „Kulturkampf“ in allem Uebrigen von Anfang an aus Halb- und Palliativmaßnahmen. Zu einer wirklichen Trennung von Staat und Kirche — Erklärung der Religion zur Privatsache, wie es das sozialdemokratische Programm fordert — fehlte Bismarck der Muth. Der Rückzug war schon deshalb gar nicht schwer anzutreten. In dem Maße nun, wie die Chikanierungen aufhörten und die Bischöfe wieder ihr kirchliches Regiment auftraten, begannen die letzteren sich recht wohl zu fühlen und ihre Oppositionslust schwand. Die Paritätsfrage ist freilich noch nicht erledigt, aber, abgesehen von ultramontanen Uebertreibungen ist das nur eine Frage der niederen Geistlichkeit, und aus dieser macht man nicht soviel Wesens. Alles Andere sind nur noch Formalitäten und Gezingfügigkeiten, wie die Frage der Zulassung der Jesuiten. Das Ergebnis ist, daß das Zentrum aufgehört hat, eine ultramontane Partei par excellence zu sein. Es vertritt gewiß noch immer die Interessen der katholischen Kirche, aber es hat die halb keine Veranlassung mehr zu großen politischen Kämpfen und am allerwenigsten zur parlamentarischen Opposition, zumal angesichts der steigenden Gefahr der Sozialdemokratie die getrennten Gewalten von Staat und Kirche sich immer enger wieder verbünden.

Nachdem aber der Ultramontanismus abgestreift wurde, tritt es offen zu Tage, daß das Zentrum aus denselben sozialen Elementen, wie die anderen bürgerlichen Parteien besteht. Das Zentrum als Partei mit ausgesprochenem politischen Charakter existirt nicht mehr. Es sind in ihm Agrarier, Industrielle, Kleinbürgerliche und bürgerliche Demokraten vertreten. Und da der Nationalliberalismus nach anderer Richtung eine ähnliche Entwicklung durchgemacht hat, indem er seinen Liberalismus bis auf die Knochen von sich abgestreift hat, so kann man getrost sagen, daß im Zentrum auch Nationalliberale vertreten sind. Der Unterschied von den anderen bürgerlichen Parteien ist nur der, daß noch immer eine große Zahl von Arbeitern aus Trägheitsmomenten in den Reihen des Zentrums verbleiben, die gar nicht mehr hineingehören. Aber die bürgerlichen Elemente des Zentrums werden durch ihre ganze soziale Stellung dazu gedrängt, sich mit den anderen bürgerlichen Fraktionen des Reichstages zu liiren, und das muß schließlich auch den katholischen Arbeitern die Augen darüber öffnen, daß nicht etwa das Zentrum

plötzlich anders geworden ist, sondern daß sie durch drei Jahrzehnte vom Zentrum blüpt wurden.

Das Zentrum unter Dr. Lieber ist nicht nur gouvornemental, es ist kapitalistisch, also arbeitserfeindlich. Das Erstere ist soeben durch das Verhalten des Zentrums bei der Militär- vorlage aller Welt kundgegeben worden. Vielleicht dient die Buchtausvorlage dazu, auch über den zweiten Punkt die nöthige Klarheit zu schaffen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Behandlung sozialdemokratischer Redakteure in deutschen Gefängnissen läßt bekanntlich viel zu wünschen übrig. Nichts genügt hat die oft wiederholte scharfe Kritik, die seitens unserer Vertreter im Reichstage an dem gegen politische „Verbrecher“ in Anwendung gebrachten Strafvollzug geübt wurde. Das geht zur Evidenz wieder einmal aus dem gedruckten Bericht hervor, der dem zu Ostern in Berlin abgehaltenen sozialdemokratischen Parteitag für die Provinzen Schlesien und Posen vorgelegt wurde. Da lesen wir u. A.:

„Die Gerichtskosten wurden neuerdings von den verurtheilten Redakteuren der „Volkswacht“ mit großer Strenge eingetrieben, man begnügt sich nicht einmal mit wiederholten Pfändungen. Die Praxis der Staatsanwaltschaften, die durch Artikel der „Volkswacht“ angeblich beleidigte Personen zur Stellung von Strafanträgen direkt aufzufordern, ist in Breslau besonders im Schwange, freilich hat die Breslauer Staatsanwaltschaft nicht immer Erfolg. Die Behandlung der im Gefängnis befindlichen Redakteure ist durchaus hart und unterscheidet sich kaum von der Behandlung, wie sie gemeine Verbrechern zu Theil wird. Sträfungs- fleiber, schlechte Gefängnisloft und das volle Pensum Gefängnisarbeit, daneben Vorenthaltung einer Zeitung und ganz ungenügende andere Vorkläre, in diesen Dingen charakterisirt sich das Leben unserer Redakteure im Gefängnis.“

In den schlichten Worten dieses Berichtes prägt sich der ganze Geist der Kleinlichkeit aus, von dem unsere Strafrechtspflege in politischen Dingen beherrscht ist. In Kulturländern begnügt man sich, soweit dort von politischen Prozessen überhaupt die Rede ist, damit, dem „Verbrecher“ die Freiheit zu entziehen, in der sehr richtigen Erkenntniß, daß diese Strafe allein wahrlich schon hart genug ist. In Preußen- Deutschland aber weiterfern die betreffenden Behörden in dem edlen Streben, den ihnen auf Gnade und Ungnade überlieferten Sünder durch tausenderlei Mabelstiche entweder „Kirre“ zu machen, oder doch die beleidigte göttliche Weltordnung an ihm durch solche dem Vermissen auf Schritt und Tritt bereitete Unannehmlichkeiten zu „rächen.“ Freilich, es giebt auch in Deutschland Verbrecher, die sich einer äußerst milden Behandlung erfreuen, die in ihrer Haft sich in der denkbar freiesten Weise bewegen und ein Leben, herrlich und in Freuden, führen können. Das sind dafür aber auch Edelste und Beste der Nation, die als Duell- mörder auf Festungen gesandt wurden. Und in unserem Falle handelt es sich nur um ganz gewöhnliche Menschen, die den Muth hatten, die Wahrheit zu sagen. . . .

Die Arbeiterkongresse, die in jüngster Zeit zahlreich stattgefunden haben, sind zwar von der Regierung nicht für „würdig“ befunden worden, Regierungsvertreter an denselben theilnehmen zu lassen, wie das fast immer bei Zusammenkünften auch der kleinsten Unternehmerorganisationen geschieht, um von deren Wünschen von Ohr zu Ohr Kenntniß zu nehmen, aber nachträglich schenkt die Regierung doch den Verhandlungen einige Aufmerksamkeit, freilich in einer Art, die sehr von dem Entgegenkommen abweicht, das man den Unternehmerorganisationen zeigt. Die Regierung läßt ihre Offizibsen gegen die Kongresse los. So hat die „Nordb. Allg. Ztg.“ den Auftrag erhalten, die Regierung in Schutz zu nehmen gegen den auf dem Bauarbeiterkongress erhobenen Vorwurf, daß sie der Frage des Bauarbeiter Schutzes nicht genügend Beachtung schenke. (Wir werden auf diesen Angriff noch zurückkommen.) Die ministerielle „Berl. Korresp.“ ist dagegen beordert, gegen den Bergarbeiterkongress loszuziehen. Sie sucht den Kongress durch die Erklärung zu diskreditiren, die dort anwesenden 73 Delegirten hätten nur einen sehr geringen Bruchtheil der deutschen Bergarbeiter hinter sich. Schon aus diesem Grunde fehle den Theilnehmern jede Legitimation, Namens der Gesamtheit der in deutschen



# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 59, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,50. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsl. Nr. 2089, 6. Nachtrag. Die Anzeigengebühren betragen für die vierteljährliche Beilage oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Anzeigenanzeigen nur 10 Pf., answärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 85.

Mittwoch, den 12. April 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Von Windthorst auf Lieber!

Wp. Eine trübe Stimmung herrscht unter denjenigen Anhängern des Zentrums, die es mit ihrer Demokratie ehrlich meinen: denn die Wahrheit kann sich auch der Voreingenommenste nicht mehr verbergen, daß das Zentrum bereits mit allen Segeln im Fahrwasser der Regierung schwimmt. Was sich nun unter diesen Manchen verwundert fragen, wie kam denn das so auf einmal — für die Sozialdemokratie ist das keine Ueberraschung. Die Sozialdemokratie hat das demokratische Gebahren des Zentrums stets nach seinem wirklichen Werth toziert. Sie wußte und hat es von Anfang an ausgesprochen, daß das Zentrum nicht das Ziel verfolgte, die Interessen des Volkes zu vertreten, sondern jenes, sich des Volkes für seine Interessen zu bedienen, daß das Zentrum, weil es ihm nur darauf ankam, eine große parlamentarische Partei der Regierung entgegen zu stellen, unter seinem Banner die verschiedensten sozialen Elemente vereinigte, deren Interessen einander zum Theil (wie die der Arbeiter und Kapitalisten) direkt widersprechen, und daß deshalb, wenn jenes einigende Band sich lockert, die Parteiführung des Zentrums ihrem ganzen Charakter entsprechend nach rechts abzuweichen muß, währenddem die Volksmassen durch die sich immer mehr verschärfenden Klassengegensätze nach links gedrängt werden.

Man hat sich gewöhnt, den sogen. Kulturkampf als ausschließlich Bismarckische Geistes- schöpfung zu betrachten, und man begegnet sogar Behauptungen, daß Alles vermieden werden konnte, wenn Bismarck nicht auf jene „unglückselige Idee“ gekommen wäre; dann heißt es, Bismarck habe im Kulturkampf eine totale Niederlage erlitten. Durch diese Bespitzung einer bedeutenden politischen Entwicklung auf eine Einzelperson wird die Darstellung durchaus falsch. Das Zentrum trat als Partei des Papstes und der katholischen Geistlichkeit auf. Als solche war es von Haus aus eine reaktive Partei und mußte in Konflikt kommen mit der politischen Entwicklung des Reichs. Wir erinnern nur an die Frage der Zivilehe, die dem Volke ebenso eine Befreiung und Erleichterung ist, wie der Geistlichkeit verhaßt; wir erinnern auch an die Adresse, welche das preussische Zentrum an Kaiser Wilhelm nach Versailles richtete, um die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes zu verlangen. Also eine parlamentarische Auseinandersetzung mit dem Ultramontanismus mußte stattfinden, diesen Stoff hat Bismarck vorgefunden, was er von sich aus hinzugefügt, waren die sogen. Gewaltmaßregeln, in Wirklichkeit nichts als jämmerliche Polizeistrafen, und da hat es sich denn wieder gezeigt, daß die Polizei die denkbar ungeschickteste Gehilfin der Geschichte ist. Das ist richtig, daß erst durch den Kulturkampf das Zentrum populär wurde. blieb es auch nach wie vor reaktiv, so wurde es zugleich grundsätzlich oppositionell. In allen seinen parlamentarischen Stellungnahmen lehrt von nun an stets der Keim wieder: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Die Zentrumsführer waren schlau genug, um einzusehen, daß die kirchlichen Interessen allein nicht ausreichen, um die Masse auf die Dauer politisch zusammenzuhalten, und sie schrieben deshalb den Kampf gegen den Militarismus und gegen die Steuern nebst einem bischen Sozialpolitik und einer hübschen Dosis Partikularismus auf ihre Fahne. Zu gleicher Zeit erhielten sie dadurch eine Handhabe gegenüber der Regierung, die sie durch Nichtbewilligungen in die Enge zu treiben sich vornahmen. Sieht man von Ideologen wie Malinckrodt, der es wirklich ehrlich meinte, ab, so war für alle Anderen ihre ganze Oppositionstätigkeit nichts, als ein parlamentarisches Manöver, das sie sofort zu ändern bereit waren, wenn auf dem anderen Wege ihnen größere Vortheile für ihre ultramontanen Zwecke winkten. Das Zentrum war auch in der letzten Zeit seiner Opposition stets bereit, sich in eine Regierungspartei zu verwandeln. Seine parlamentarische Haltung war stets doppeltichtig und die wüthenden

Oppositionsreden schlossen mit dem satonischen Satz: Im Uebrigen, wenn wir wollen, so können wir es auch anders machen. Ein Meister dieses Doppelspiels war bekanntlich Dr. Windthorst. Daß Windthorst etwas mehr Witz besaß, als Herr Dr. Lieber, der seine Erbschaft in der Partei angetreten hat, bedarf keines Nachweises, aber wir glauben, wenn es Windthorst beschieden wäre, bis auf den heutigen Tag an der Politik theilzunehmen, so würde man an der „Kleinen Exzellenz“ noch kein blaues Wunder erlebt haben. Daß schon 1890 Anknüpfungen im Wege waren zwischen Windthorst und Bismarck ist jetzt dokumentarisch nachgewiesen und wird vom Zentrum nicht geleugnet. Schade, daß das nicht hat sein sollen! Diese Zukunftsankunft des Führers der Ultramontanen mit dem Vater des Kulturkampfes unter Vermittelung des Jubel Bleichröder gäbe eine hübsche Illustration zu „Natan dem Weisen“. Der weise Natan Bleichröder hätte gewiß ein neues Märchen von den goldenen Ringen zu erzählen gewußt.

Die politische Umwandlung des Zentrums ist durch eine sehr natürliche Entwicklung vor sich gegangen. Erstens hat der Ultramontanismus des Zentrums im Laufe der Zeit sehr bedeutend abgefärbt. Der Traum der Weltherrschaft des Papstes ist längst ausgeträumt worden. Die Politik des Vatikans selbst ist eine andere geworden und geht nicht mehr darauf hinaus, ein besonderes geistliches Reich herzustellen, sondern darauf, die Regierungen der bestehenden Staaten sich zu unterwerfen. In der Politik des deutschen Zentrums aber spielten die Interessen Roms so gut wie gar keine Rolle mehr. Andererseits mußte die katholische Kirche mit der Zivilehe in Deutschland ebenso gut wie anderwärts schlecht oder recht sich abfinden. Der Nebekampf dagegen wird freilich noch immer geführt, aber Niemand verhehlt sich mehr, daß man diese mit dem modernen Staat eng lichte Einrichtung nicht rückgängig machen kann. Zweitens bestand der Bismarckische „Kulturkampf“ in allem Uebrigen von Anfang an aus Halb- und Palliativmaßregeln. Zu einer wirklichen Trennung von Staat und Kirche — Erklärung der Religion zur Privatsache, wie es das sozialdemokratische Programm fordert — fehlte Bismarck der Muth. Der Muth war schon deshalb gar nicht schwer anzutreten. In dem Maße nun, wie die Chikanierungen aufhörten und die Bischöfe wieder ihr kirchliches Regiment antraten, begannen die letzteren sich recht wohl zu fühlen und ihre Oppositionslust schwand. Die Paritätsfrage ist freilich noch nicht erledigt, aber, abgesehen von ultramontanen Uebertreibungen ist das nur eine Frage der niederen Geistlichkeit, und aus dieser macht man nicht soviel Wesens. Alles Andere sind nur noch Formalitäten und Geringsfügigkeiten, wie die Frage der Zulassung der Jesuiten. Das Ergebnis ist, daß das Zentrum aufgehört hat, eine ultramontane Partei par excellence zu sein. Es vertritt gewiß noch immer die Interessen der katholischen Kirche, aber es hat dieserhalb keine Veranlassung mehr zu großen politischen Kämpfen und am allerwenigsten zur parlamentarischen Opposition, zumal angesichts der steigenden Gefahr der Sozialdemokratie die getrennten Gewalten von Staat und Kirche sich immer enger wieder verbänden.

Nachdem aber der Ultramontanismus abgestreift wurde, tritt es offen zu Tage, daß das Zentrum aus denselben sozialen Elementen, wie die anderen bürgerlichen Parteien besteht. Das Zentrum als Partei mit ausgesprochenem politischen Charakter existirt nicht mehr. Es sind in ihm Agrarier, Industrielle, kleinstädtische und händlerische Demokraten vertreten. Und da der Nationalliberalismus nach anderer Richtung eine ähnliche Entwicklung durchgemacht hat, indem er seinen Liberalismus bis auf die Knochen von sich abgestreift hat, so kann man getrost sagen, daß im Zentrum auch Nationalliberale vertreten sind. Der Unterschied von den anderen bürgerlichen Parteien ist nur der, daß noch immer eine große Zahl von Arbeitern aus Trägheitsmomenten in den Reihen des Zentrums verbleiben, die gar nicht mehr hineingehören. Aber die bürgerlichen Elemente des Zentrums werden durch ihre ganze soziale Stellung dazu gedrängt, sich mit den anderen bürgerlichen Fraktionen des Reichstages zu liiren, und das muß schließlich auch den katholischen Arbeitern die Augen darüber öffnen, daß nicht etwa das Zentrum

völlig anders geworden ist, sondern daß sie durch drei Jahrzehnte vom Zentrum hüpft wurden.

Das Zentrum unter Dr. Lieber ist nicht nur gouvernemental, es ist kapitalistisch, also arbeitserfeindlich. Das Erstere ist soeben durch das Verhalten des Zentrums bei der Militärvorlage aller Welt kundgegeben worden. Vielleicht dient die Buchhausvorlage dazu, auch über den zweiten Punkt die nöthige Klarheit zu schaffen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Behandlung sozialdemokratischer Redakteure in deutschen Gefängnissen läßt bekanntlich viel zu wünschen übrig. Nichts genügt hat die oft wiederholte scharfe Kritik, die seitens unserer Vertreter im Reichstage an dem gegen politische „Verbrecher“ in Anwendung gebrachten Strafvollzug geübt wurde. Das geht zur Evidenz wieder einmal aus dem gedruckten Bericht hervor, der dem zu Ostern in Berlin abgehaltenen sozialdemokratischen Parteitag für die Provinzen Schlesien und Posen vorgelegt wurde. Da lesen wir u. A.:

„Die Verhörflosten wurden nenerdings von den verurtheilten Redakteuren der „Volksrecht“ mit großer Strenge eingetrieben, man begnügt sich nicht einmal mit wiederholten Wändlungen. Die Praxis der Staatsanwaltschaften, die durch Artikel der „Volksrecht“ angeblich beleidigte Personen zur Stellung von Strafanträgen direkt aufzufordern, ist in Breslau besonders im Schwange, freilich hat die Breslauer Staatsanwaltschaft nicht immer Erfolg. Die Behandlung der im Gefängnis befindlichen Redakteure ist durchaus hart und unterscheidet sich kaum von der Behandlung, wie sie gemeine Verbrecher zu Theil wird. Straflingskleider, schlechte Gefängnisloft und das volle Verstumung Gefängnisarbeit, daneben Vorenthaltung einer Zeitung und ganz ungenügende andere Vektoren, in diesen Dingen charakterisirt sich das Leben unserer Redakteure im Gefängnis.“

In den schlichten Worten dieses Berichtes prägt sich der ganze Geist der Kleinlichkeit aus, von dem unsere Strafrechtspflege in politischen Dingen beherrscht ist. In Kulturländern begnügt man sich, soweit dort von politischen Prozessen überhaupt die Rede ist, damit, dem „Verbrecher“ die Freiheit zu entziehen, in der sehr richtigen Erkenntnis, daß diese Strafe allein wirklich schon hart genug ist. In Preußen Deutschland aber wetteifern die betreffenden Behörden in dem edlen Streben, den ihnen auf Gnade und Ungnade überlieferten Sünder durch tausenderlei Nadelstiche entweder „kirre“ zu machen, oder doch die beleidigte göttliche Weltordnung an ihm durch solche dem Kernsten auf Schritt und Tritt bereitete Unannehmlichkeiten zu „rächen.“ Freilich, es giebt auch in Deutschland Verbrecher, die sich einer äußerst milden Behandlung erfreuen, die in ihrer Haft sich in der denkbar freiesten Weise bewegen und ein Leben, herrlich und in Freuden, führen können. Das sind dafür aber auch Edelste und Beste der Nation, die als Duellmörder auf Festungen gesandt wurden. Und in unserem Falle handelt es sich nur um ganz gewöhnliche Menschen, die den Muth hatten, die Wahrheit zu sagen. . . .

Die Arbeiterkongresse, die in jüngster Zeit zahlreich stattgefunden haben, sind zwar von der Regierung nicht für „würdig“ befunden worden, Regierungsvertreter an denselben theilnehmen zu lassen, wie das fast immer bei Zusammenkünften auch der kleinsten Unternehmerorganisationen geschieht, um von deren Wünschen von Ohr zu Ohr Kenntniss zu nehmen, aber nachträglich schenkt die Regierung doch den Verhandlungen einige Aufmerksamkeit, freilich in einer Art, die sehr von dem Entgegenkommen abweicht, das man den Unternehmerorganisationen zeigt. Die Regierung, läßt ihre Offizien gegen die Kongresse los. So hat die „Nordb. Allg. Btg.“ den Auftrag erhalten, die Regierung in Schutz zu nehmen gegen den auf dem Bauarbeiterkongress erhobenen Vorwurf, daß sie der Frage des Bauarbeiterstichs nicht genügend Beachtung schenke. (Wir werden auf diesen Angriff noch zurückkommen.) Die ministerielle „Berl. Korresp.“ ist dagegen beordert, gegen den Bergarbeiterkongress loszuziehen. Sie sucht den Kongress durch die Erklärung zu diskreditiren, die dort anwesenden 73 Delegirten hätten nur einen sehr geringen Bruchtheil der deutschen Bergarbeiter hinter sich. Schon aus diesem Grunde fehle den Theilnehmern jede Legitimation, Namens der Gesamtheit der in deutschen





# Mai-Feier 1899

## Montag den 1. Mai:

Morgens 9 Uhr: **Versammlung im Reiterkrug**, eingeleitet durch Musik- u. Gesangvorträge, Referent: Redacteur **Otto Stolten-Hamburg**. Nachmittags: **Ausflug sämtlicher Gewerkschaften und Vereine** mit Fahnen und Bannern und unter Begleitung von 4 Musikkapellen nach **Israelsdorf**. Aufstellung der verschiedenen Gewerkschaften und Vereine von Nachmittags 1—2 Uhr auf dem Burgfeld. **Abmarsch** von dort präcise 2 Uhr nach dem Locale des Herrn **Munß** in Israelsdorf. Nach Ankunft dortselbst: **Ausprache** des Genossen **Theod. Schwartz**. Musik- u. Gesangvorträge. Hierauf: **Concert** auf dem Festplatze bis 7 $\frac{1}{2}$  Uhr Abends. **Rückmarsch** um 8 Uhr mit Musik nach dem Burgfelde, woselbst Auflösung des Zuges.

Gewerkschaften und Vereine, welche sich am Ausfluge betheiligen wollen, werden ersucht, dies spätestens bis zum 22. April dem Genossen **Stolte**, Johannisstraße 50, mitzutheilen. Gewerkschaften, die noch keine Karten zum Vertrieb übernommen haben, werden ersucht, solche baldigst vom Genossen **Gust. Kähler** zu entnehmen. Außerdem sind noch Karten à 20 Pfg. zu haben bei **H. Stolle**, Johannisstraße 50; **C. Wittfoot**, Hüxstraße 18; **G. Kähler**, Böttcherstraße 18; **W. Menschel**, Untertrave 53; **G. Meyer**, Klappenstraße 24a, **F. Leeke**, Lederstraße 3, und in der Expedition des „Lübecker Volksbote“, Johannisstraße 50.

Die Karten sind sichtbar zu tragen.

Um recht rege Betheiligung ersucht

Das Comité.

**Special-Reparatur-Werkstatt H. Schumann, Schuhmacher, Hüxstr. 63. Handarbeit, keine Maschinenarbeit.**  
Sohlen für Herren 1.50 Mt., für Damen 1.20, für Kinder von 50 Pfg. an. Ablässe für Herren 50—60 Pfg., für Damen 30—40 Pfg., jede andere Reparatur billigt.

**Gesucht tüchtige Dreher.**  
Wilh. Sparkuhl & Co.

Zum 1. Mai ein ordentliches tüchtiges Mädchen

das etwas kochen kann, zu allen häuslichen Arbeiten.

**Frau S. Baruch**  
Sulstenstraße 16.

ff. Berger Heringe  
ff. Andhous

la. Magdeb. Salzgurken  
ff. Gilter Käse

ff. Holsteiner Büttenkäse  
en gros & en detail bei

**H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,**  
Büchergasse 61.  
Fernsprecher No. 217.

Am Sonnabend den 8. April  
verlegte ich mein  
**Taback- und Cigarren-Geschäft**  
nach Hüxterdamm 10.

Indem ich meinen werthen Kunden für ihr bisheriges Wohlwollen bestens danke, bitte ich um fernere geneigte Unterstützung.

**Carl Schrader.**

**Kneipp'sche Bade-Anstalt**  
Hansastraße 28a, Lübeck.

Stets vorzügliche Heilerfolge bei Gelenkrheumatismus, Gicht, Podagra, Sclias, Lähmungen aller Art. Nervenleiden und Gemüthskrankheiten (Folgen der Influenza), Asthma etc., Hautkrankheiten, Flechten etc. etc., Entfettungskuren nach Pf. Kneipp'scher Methode. Sicherer Erfolg ohne Berufsstörung.

Unterzeichneter ist von Sr. Hochw. weil. Prälat Kneipp in Wörrißhofen persönlich geprüft und mit bestem Zeugniß versehen.

Mäßige Preise.

Unbemittelte werden besonders berücksichtigt.

**Karl Walter.**

**Concerthaus Fünfhausen.**  
Dienstag den 11. April 1899:

**Grosser Aufführungs-Abend**  
unter Mitwirkung der Herren

**Fritz Hildebrand, des indischen Gauklers W. Descamo Chase,** sowie Auftreten der Herren **J. Engels, Max Prinz.**

**Begleitung vom Blinden Heinr. Schulz.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pfg.  
Zur Aufführung gelangen die neuesten Original-Complets, Duets etc.

**Stkfarthoffeln, Magnum bonum**  
zu verkaufen  
C. Heitmann, Fackenburg.

**Die beste Margarine**  
kostet à Pfund nur 65 Pfg.  
Carl Ohlert, Königstraße 123.

**Carl Soldmann, Schneider,**  
wohnt jetzt  
Langer Kohberg 41, 2. Etage.

**Quartett-Verein Luba.**

**General-Versammlung**

am Mittwoch den 12. April  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.  
Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend notwendig.

Der Vorstand.

**Achtung!**

**Kohlenarbeiter!**

**Mitglieder-**

**Versammlung**  
am Mittwoch den 12. April

Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.  
Tages-Ordnung:

1. Abrechnung  
2. Kartellbericht.  
3. Bericht der Lohnkommission.  
4. Fragekasten.  
5. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen der Mitglieder dringend notwendig.

Der Vorstand.

**Gesangverein „Eintracht“**

**General-Versammlung**  
am Mittwoch den 12. April

Abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.  
Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1899.  
2. Wahlten.  
3. Sommer-Vergütigen.  
4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

Von den russischen Industrie-Arbeitern.

Die russische Regierung hat vor einigen Monaten von den Provinzialbehörden Gutachten über die Mittel zur Hebung der Lage der arbeitenden Klassen eingefordert.

auch die übrigen Räume ihre Erwärmung erhalten. Die Arbeiter sind gewöhnlich in Gruppen oder Kolonnen von 6 bis 18 Köpfen, den als neben dem „Mir“ besonders nationalrussischen „Artels“ vereinigt, deren grösste Führer oder Älteste, Starosti, nicht bloß alle Abmachungen mit den Arbeitgebern treffen und die Löhne eingeben und vertheilen, sondern auch die gemeinsamen Mahnungen besorgen, wobei öfters mehrere Starosti zusammen die Lebensmittel zu Einkaufspreisen einkaufen.

Feststellungen und Feststellungen.

Die vierte Generalversammlung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurde am Dienstag, den 4. April in Halle a. S. eröffnet. Anwesend waren 133 Delegierte.

wird als notwendig anerkannt. 4) Dem Kassier Werner wird Decharge erteilt. Hieran referierte an Stelle von Segis, der erkrankt ist, der Verbandssekretär Heckerl über die Verhältnisse in Unterfranken; Erler, Frankfurt a. M. gab das Referat.

Am dritten Tage wurde die Diskussion über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung fortgesetzt. Die eine Gruppe verlangte nach wie vor darzutun, daß durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung der Boden der Kampfsorganisation verlassen werde;

Zum Punkte der Agitation und Taktik erklärte von der Magdeburg, daß man sich weniger mit Unterstützungen und lieber mehr mit der Erringung des achtstündigen Arbeitstages, der doch statutenmäßig verlangt wird, beschäftigen möge.

Die Streikunterstützung wurde am 2. März pro Woche erhöht. Abgeleitet wurde außer anderem der Antrag, die Abrechnungen der Hauptkasse wie früher allmonatlich im Verbandsorgan zu veröffentlichen.

Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Mögge.

(43. Fortsetzung.)

„Ich glaub's nicht,“ rief Hilgen, und Einer vom hohen Abel, den ich gesprochen, redete ganz anders davon. In Kopenhagen haben sie ein scharf Regiment eingeführt, und so wie sich hier etwas rührt, werden sie da sein und die Hand an den Hals Desjenigen legen, der am lautesten schreit.

feilt des Vogts beleidigt, seine Mißbilligung über das Verhalten desselben nicht länger zurückhielt. „Du hast mich für feige und schwach,“ sagte er beim Abschiede, „aber ich bin nur vorsichtig und will mein beschaidenes Glück nicht einem Freit anvertrauen, mit dem ich zu Grunde gehen muß.“

Winken nicht dienen und ihre Lockungen verachten, muß man ihnen beweisen, daß ihre Macht ein Ziel hat und ein Ende erreichen kann. „Ich habe es wohl gesagt,“ sprach Hilgen kopfschüttelnd.

Bornsen schied unmutig von Hilgen, der von der Heftigkeit des Vogts...

